Deutscher HebammenVerband e.V.

Pressemeldung des DHV vom 07.07.2010

Die Entscheidung der Schiedsstelle ist eine bittere Enttäuschung für alle geburtshilflich tätigen Hebammen

Am 5. Juli ist die Entscheidung der Schiedsstelle gefallen. Für eine Beleggeburt bekommt eine Hebamme zukünftig 8 Euro mehr, für eine Hausgeburt 100 Euro. Die bereits im Januar angebotene Gebührenerhöhung von 1,54% bleibt davon unberührt.

Die Einberufung der Schiedsstelle war nötig geworden, weil im März die Gebührenverhandlungen zwischen den Hebammenverbänden und den Spitzenverbänden der Krankenkassen gescheitert waren.

Wegen der dramatisch gestiegenen Haftpflichtprämien haben bereits 10% aller freiberuflichen Hebammen, die Geburtshilfe anbieten, zum 1. Juli ihre Verträge gekündigt. Diejenigen Hebammen die darauf gehofft hatten, durch eine angemessene Gebührenerhöhung für ihre Leistungen die gestiegenen Haftpflichtprämien zu kompensieren, sind durch die Entscheidung der Schiedsstelle bitter enttäuscht worden.

„Wenn es uns nicht gelingt, eine realistische Perspektive für die freiberuflich tätigen Kolleginnen zu entwickeln, werden noch viele die Geburtshilfe aufgeben", so die Präsidentin des deutschen Hebammenverbandes Martina Klenk.

„Es ist so unglaublich enttäuschend, dass sich die Ökonomen am Verhandlungstisch nicht auf die besondere Arbeitssituation der freiberuflich tätigen Hebammen einlassen konnten. Anders als ein Handwerker, können Hebammen nicht einfach ihre Gebührensätze anheben, um damit steigende Nebenkosten abzufangen. Obwohl freiberuflich tätig, sind Einnahmen der freiberuflichen Hebammen durch die Krankenkassen festgezurrt. Unsere Hoffnung richtet sich nun an die Politik. Parlamentarier auf Landes- und Bundesebene haben bereits ihre Unterstützung zugesagt.

Letzte Woche hat die Gesundheitsministerkonferenz einstimmig die Bundesregierung dazu aufgefordert, das Versorgungsangebot durch Hebammen sicher zu stellen. Auch Familienministerin Frau Schröder hat in einem Interview auf die besondere Rolle der Hebammen im Kontext einer modernen Familienpolitik hingewiesen.

"Jetzt hoffen wir, dass diesen Worten Taten folgen und eine gute flächendeckende, geburtshilfliche Versorgung nicht einem falschen Sparzwang zum Opfer fällt", so die Präsidentin abschließend.

Dr. Edith Wolber,
Pressesprecherin des Deutschen Hebammenverbandes e.V.
74909 Meckesheim, Bergstraße 3
Tel: 06226/429400, Mail: wolber(at)hebammenverband.de,
www.hebammenverband.de